BTW3 Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2025 Karo Otte

Antragsteller*in:	Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)
Tagesordnungspunkt:	2.2. Wahl der Listenplätze

Selbstvorstellung



Geburtsdatum:
11.09.1996

Kreisverband:
Northeim/Einbeck

Themen:
für solidarische öffentliche Finanzen und starke Kommunen

E-Mail:
info@karolineotte.net

Ihr Lieben,

wenn ich meine Nachbarn in unserem kleinen Dorf im Süden von Niedersachsen frage, wie sie das Aus der Ampelregierung erleben, dann begegnet mir nur Kopfschütteln. Die politischen Streitereien und Machtspiele haben nichts mit ihrer Lebensrealität zu tun.

Der eine Nachbar verliert seinen Arbeitsplatz beim Automobilzulieferer, die andere fragt sich, ob sie noch arbeiten gehen kann, weil die Kita dauernd zu hat, weil Erzieher:innen fehlen und alle bekommen mit, dass das Freibad vor Ort immer wieder vor dem Aus steht, weil die Gemeinde es sich eigentlich nicht leisten kann.
Sie haben das Gefühl, dass die Politik in Berlin keine Ahnung von ihrem Leben und ihren Problemen hat. Am Ende wählen tatsächlich immer mehr von ihnen die AfD. Bei der Europawahl war es in meiner Heimatgemeinde jede sechste Person, die zur Wahl gegangen ist.

Doch geschlossene Kitas, marode Brücken und Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren - das sind Resultate politischer Entscheidungen und wir als Bündnisgrüne streiten für eine Politik, die sich anders entscheidet.

Demokratie muss beweisen, dass sie die Probleme der Menschen kennt und dass sie diese Probleme lösen kann. Das muss uns gelingen, sonst hören Menschen auf, an Demokratie zu glauben. Wir wissen, dass es in unserer Verantwortung liegt, für die realen Probleme unserer Nachbar:innen gute Lösungen zu finden. Dafür treten wir zusammen mit Robert und unserem neuen Bundesvorstand an. Genau deshalb kämpfen wir in den kommenden Monaten um das Vertrauen der Menschen in unserem Land.

Und deshalb bewerbe ich mich bei euch Grünen in Niedersachsen um einen aussichtsreichen Listenplatz. So möchte ich, auch in den kommenden vier Jahren, für Grüne Politik im Bundestag streiten!

Für ein Land, das vor Ort funktioniert

Sparpolitik war für die GroKo jahrelang eine Rechtfertigung zum Ausruhen und auch Christian Lindner stellte sie ins Zentrum seiner Inszenierung zum Ampel-Aus. Aber als Grüne sind wir klar - Die Schulden, die auf dem Papier nicht auftauchen sollen, sind letztlich Investitionen, die nicht getätigt werden und am Ende riesigen realen Schaden anrichten. Das können wir uns schlichtweg nicht leisten!

Während sich der Staat kaputtspart, besitzt gleichzeitig das reichste Prozent Deutschlands die Hälfte des Vermögens im Land. Mehr als 800.000 Superreiche können allein von den Einnahmen aus ihrem Vermögen leben. Das heißt am Ende nichts anderes, als dass wir mit unserer Miete, unserem Wocheneinkauf und zu niedrigen Löhnen, ihr Leben und ihren Luxus mitfinanzieren. Unanständiger Reichtum in diesem Land wächst auf unsere Kosten, während jedes siebte Kind von Armut bedroht ist.

Das ist eine Ungerechtigkeit, die ich nicht länger hinnehmen will. Reichtum muss seinen fairen Anteil an der Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Als Grüne streiten wir dafür. Denn Schulgebäude, in

die jedes Kind gerne geht und eine verlässliche Kita-Betreuung an fünf Tagen die Woche, vier Wochen im Monat, sind kein vermessener Wunsch.

Ein Staat, der vor Ort funktioniert, ist möglich, wenn wir die Schuldenbremse endlich reformieren, unanständigen Reichtum endlich gerecht besteuern und mit voller Kraft in die Investitionsoffensive starten.

Fürs Klima - konsequent und fair

Tun wir das nicht und sparen wir weiter, häufen wir nicht nur mehr Schulden in der Realität an. Wir gefährden auch den solidarischen Zusammenhalt in unserem Land. Viele Menschen leiden immer noch unter den Folgen der Inflation. Der Lebensmitteleinkauf ist deutlich teurer als vor zwei bis drei Jahren und die Inflation hat selbst gute Lohnsteigerungen der letzten Jahre geschluckt. In dieser Zeit nehmen viele Menschen notwendige Bemühungen für den Klimaschutz als Belastung wahr.

Nur wenn wir die soziale Frage beantworten, können wir wieder mehr Menschen hinter konsequentem Klimaschutz versammeln. Das Deutschlandticket ist das beste Beispiel: Wir haben es geschafft, Millionen von Pendler:innen eine klimafreundliche Alternative zum Auto zu bieten, die vor allem bezahlbar ist. Wir lassen uns diesen Erfolg nicht von einem Friedrich Merz kaputtmachen. Wir kämpfen für günstige Mobilität, die dich bis ins letzte Dorf bringt und auch wieder abholt. Wir zeigen, wie sozial gerechter Klimaschutz praktisch funktioniert. Dafür haben wir noch viele grüne Lösungen in der Tasche, vom Klimageld, über Sanierungsförderungen und die Schaffung von langfristig günstigem Wohnraum.

Haltung und Herz in turbulenten Zeiten

Politik hat die Aufgabe, Probleme in der Wirklichkeit von den vermeintlichen Problemen zu unterscheiden, die uns rechte Scharfmacher andrehen wollen. Auch wir als Grüne haben es in den letzten drei Jahren nicht immer geschafft, Haltung zu bewahren und haben zu oft dem Druck und dem Scheinlösungsfeuerwerk von Rechts nachgegeben. Einschränkungen beim Asylrecht verpackt als „Sicherheitspaket“ oder die Obergrenze von 50 Euro für Bargeld sind Resultate davon. Diese Maßnahmen schränken die Würde des Menschen ein und nehmen vielen Menschen in schwierigen Lagen schlicht das Existenzminimum. Obendrauf sind sie Gift für unsere solidarische, offene Gesellschaft. Sie schaffen neue bürokratische Hürden, die ein Ankommen in Deutschland verunmöglichen und sie lassen Menschen pauschal wie Kriminelle dastehen, die häufig aus großer Not fliehen mussten. Nichts anderes steckt hinter Unions- und FDP-Papieren, die mit “Brot-Bett-Seife-Minimum” betitelt sind.

Im kommenden Bundestag möchte ich mich weiter für eine solidarische Gesellschaft einsetzen, die echte Lösungen für eine gelingende Integration in Schulen, Kitas und im Job anbietet, statt Debatten auf dem Rücken von Asylbewerbenden austrägt.

Zukunft wird vor Ort gemacht

Haltung zeigen, Probleme vor Ort anpacken - das machen tausende Grüne Kommualpolitiker:innen jeden Tag vor Ort - im Kreistag, im Stadt- oder im Gemeinderat.

Unsere Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen sich zeigt, ob wir die Demokratie stärken und den Herausforderungen des Klimawandels begegnen. Vor Ort zeigt sich, wie wir als Gesellschaft zusammenstehen und sichere Netze für die Menschen schaffen — Netze, die auch in unsicheren Zeiten bestehen.

„Zukunft wird vor Ort gemacht“ – so lautete das Motto unseres Kommunalkongresses im März, an dem über 400 engagierte Teilnehmer:innen aus ganz Deutschland teilnahmen. Dieses Motto ist auch Leitsatz meiner Arbeit im Bundestag.

In der Kommunalpolitik im Kreistag in Northeim und als Mitarbeiterin in der Verwaltung beim Landkreis Göttingen habe ich selbst erlebt, wie immer wieder Entscheidungen in Berlin und Hannover an den Realitäten vor Ort vorbeigetroffen wurden.

Auch deshalb habe ich in den letzten drei Jahren aus dem Bundestag heraus den Aufbau der BGKomm, dem Dachverband der grünen kommunalpolitischen Vereinigungen im Bund, begleitet: Als neuer Verband trägt die BGKomm langfristig kommunale Perspektiven und Anliegen in die Bundespolitik. Ob als Vorstandsmitglied der BGKomm oder als Abgeordnete im Bundestag: Auch in den kommenden Jahren möchte ich weiterhin für starke kommunale Kassen, gegen Gewalt an Kommunalpolitiker:innen und für konsequenten Klimaschutz von der Großstadt bis in die kleinste Gemeinde einstehen. Unsere Kommunen können so viel. Was unsere Städte und Gemeinden brauchen, ist das Heft des Handelns in ihren Händen. Es geht nicht nur, aber auf jeden Fall vor allem ums Geld. Für gut ausgestattete kommunale Kassen möchte ich mit ganzer Kraft weiter streiten.

Für starke Kommunen in Berlin

Ich bin Karo, 28 Jahre alt und wohne mit meinem Mann und meinen beiden Kindern im Landkreis Northeim in der Gemeinde Moringen. Mit 14 bin ich zur GRÜNEN JUGEND gekommen. Als 2011 ein Tsunami das japanische Atomkraftwerk Fukushima zerstörte und eine nukleare Katastrophe auslöste, hatte sich unsere Ortsgruppe in Northeim gerade gegründet und Mahnwachen für ein Ende der Atomkraft gehörten zu den ersten politischen Aktionen, die wir gemeinsam organisierten. 2021 bin ich für die GRÜNE JUGEND in den Bundestag eingezogen und im Herbst 2022 konnte ich zusammen mit unserer grünen Landesgruppe Niedersachsen sicherstellen, dass 2023 wirklich Schluss war mit Atomkraftwerken in Deutschland. In den letzten Wochen habe ich mich mit vielen weiteren Menschen dafür eingesetzt, dass die GRÜNE JUGEND politische Heimat für tausende junge Menschen bleiben kann. Denn für viele kleine und große grüne politische Erfolge war, ist und wird die GRÜNE JUGEND der Ort sein, an dem alles begann.

Auch, wenn die letzten Jahre herausfordernd waren, bin ich noch längst nicht fertig. Ich möchte weiter dafür kämpfen, dass Menschen einen funktionierenden Staat vor Ort erleben: Verlässliche Kitas, intakte Brücken und Schienen und gute Arbeitsplätze. Ich will dafür streiten, dass wir Lasten, egal ob Steuern oder Klima, gerecht verteilen.

Dafür trete ich ein. Mit den alltäglichen Sorgen meiner Nachbar:innen im Gepäck will ich wieder nach Berlin fahren und mit Solidarität und Gerechtigkeit als Kompass streiten: Für ein Land, das vor Ort funktioniert – für Dörfer und Städte, in denen wir gerne leben!

Eure Karo

PS.: Meldet euch gerne bei Fragen! Ihr erreicht mich über Social Media oder meine Kandidatinnen-Website - www.karolineotte2025.de - Meine Vita findet ihr hier - www.karolineotte2025.de/ueber-mich/ - Mehr Informationen über meine Arbeit im Bundestag findet ihr hier - www.karolineotte.de -